

UNION

in Deutschland

INFORMATIONSDIENST

der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Union

Z 6796 C

BONN · 20. JUNI 1962

Nr. 25 · 16. JAHRGANG

Arbeitskreis I diskutiert

Die außenpolitische Aussprache auf dem Dortmunder Parteitag

Zwei Ereignisse prägten den 11. Bundesparteitag der Christlich-Demokratischen Union in Dortmund: Die von den Delegierten beschlossene Neugliederung der Parteispitze und die freimütige, öffentliche Diskussion der wesentlichen politischen Fragen in den drei Arbeitskreisen. Um unseren Lesern das Wirken dieser Arbeitskreise ausführlich mitteilen zu können, haben wir sie auf drei Ausgaben von „Union in Deutschland“ verteilt und beginnen mit dem Arbeitskreis I „Deutschland, Europa und die freie Welt“. Er war der Außenpolitik gewidmet und knüpfte an ein Referat von Bundesaußenminister Dr. Schröder an. Der letzte Tag in Dortmund begann mit dem Rechenschaftsbericht des Ministerpräsidenten von Hassel über die Arbeit des Bundesvorstandes und Dr. von Bretanos über die Arbeit der Bundestagsfraktion. Über beide Reden wird in der vorliegenden Ausgabe ebenfalls berichtet.

Bundesaußenminister Dr. Schröder, dessen Referat im außenpolitischen Arbeitskreis der Ausgangspunkt einer mehrstündigen Debatte war, erklärte in seiner Rede u. a.:

„Deutschland ist heute wieder eine der größten Industrienationen der Welt. Im Außenhandel behauptet die Bundesrepublik den zweiten Platz hinter den Vereinigten Staaten von Amerika. In der NATO stellt sie das größte Kontingent konventionell ausgerüsteter Truppen zur Verteidigung Europas. Unser politisches Gewicht ist gewachsen. Wir haben uns den Ruf eines zuverlässigen Partners erworben. Welch' ein Weg in 17 Jahren! 1945 war das Vertrauen der Welt zu uns zerstört. Deutschland war nur noch Objekt der Außenpolitik.

Es ist in diesem Zusammenhang ohne große Bedeutung, von welchem Zeitpunkt nach 1945 wir die neue deutsche Außenpolitik datieren. Sicher ist, daß unsere Möglichkeiten von Anfang an sehr begrenzt waren. Die Möglichkeiten nutzen, ihre Grenzen aber nicht überschreiten, — darin liegt der Schlüssel für eine erfolgreiche Außenpolitik. Ich meine, daß die deutsche Außenpolitik von den realen Gegebenheiten ausgehen soll, daß wir eine Außenpolitik des Möglichen, nicht des Unmöglichen betreiben müssen. Das hat Konrad Adenauer getan. Das werden wir auch in Zukunft tun.

Allein sind wir schwach

Wir sind eine große Wirtschaftsmacht. Eine politische Großmacht im Sinne vergangener Epochen können wir nicht mehr werden. Weder können wir die Spaltung der Welt in zwei Lager überwinden, noch allein die Einheit Deutschlands wiederherstellen. Diese Grenzen begreifen, heißt zugleich erkennen, daß wir diese und

andere Aufgaben nur gemeinsam mit unseren Freunden und Verbündeten mit Aussicht auf Erfolg angehen können. Das bedeutet keinen Verzicht auf eine selbstständige Außenpolitik. Es ist nicht unsere Rolle, etwa nur die Entscheidungen unserer Alliierten durch Akklamation zu bestätigen. Nicht andere, sondern wir selbst haben die erste Verantwortung für unser Schicksal.

Werfen wir einen kurzen Blick auf das Europa nach dem letzten Krieg. Die ersten Vorschläge, es zu einigen, hörten wir ein bis zwei Jahre nach dem letzten Kriege aus dem Munde Winston Churchills und des amerikanischen Außenministers George C. Marshall. Sie gaben uns Mut, Zuversicht und ein großes, die Phantasie beflügelndes Ziel. Besonders die Bereitschaft Frankreichs, sich mit uns zu verständigen, ja zu verbünden, trug zur politischen Gesundung unseres Volkes bei. Die deutsch-französische Aussöhnung ist nicht künstlich und oberflächlich. Sie ruht tief im Bewußtsein beider Völker und ist endgültig.

EWG nicht gegen den Osten gerichtet

Bei dem Versuch, Europa politisch zu einigen, hatte man anfangs wohl die Schwierigkeiten unterschätzt, die einer solchen Umwandlung entgegenstanden. Es war richtig, mit der Integration dort zu beginnen, wo sie am ehesten zu erreichen war; in der Montan-Union, in Euratom und in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Unser Gemeinsamer Markt sieht die gleichmäßige, harmonische Entwicklung aller Partnerstaaten vor; die Stärkeren bringen Opfer für die Schwächeren. Dies ist zweifellos auch der Grund, warum sich die Anträge auf Beitritt zur EWG häufen, und daß selbst die afrikanischen Staaten, die nach Inkrafttreten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft selbständig geworden sind, mit dem Gemeinsamen Markt assoziiert bleiben wollen. Das Industriepotential des Gemeinsamen Marktes hält heute schon dem sowjetischen die Waage, während das Industriepotential Großbritanniens etwa dem der übrigen osteuropäischen Satellitenstaaten entspricht.

Der Gemeinsame Markt ist nicht gegen die Sowjetunion oder die übrigen Ostblockstaaten gerichtet. Schon in unserem Memorandum an die Sowjetregierung vom 21. Februar haben wir darauf hingewiesen, daß wir uns eine noch regere Zusammenarbeit zwischen dem großen Wirtschaftspotential des Gemeinsamen Marktes und den Ostblockstaaten vorstellen können, die von beträchtlichem Nutzen für alle Partner sein würde. Ich wiederhole, daß an eine solche Zusammenarbeit zu denken keineswegs unrealistisch ist, wenn dieses Ziel auch nur Schritt für Schritt und erst nach einer wirklichen, alle Teile befriedigenden Lösung der noch anstehenden politischen Fragen erreicht werden kann.

Die Erfolge der wirtschaftlichen Integration Europas — so befriedigend sie auch sind — können uns dennoch allein nicht genügen. Unsere wirtschaftliche Gemeinschaft verlangt auf die Dauer auch

Fortsetzung Seite 2

Arbeitskreis I diskutiert

Fortsetzung von Seite 1

eine politische Einigung Europas. Auch der französische Staatspräsident de Gaulle hat diesen Gedanken eindringlich ausgesprochen:

„Westeuropa muß sich auch politisch konstituieren. Wenn es das nicht schaffen würde, könnte sich die wirtschaftliche Gemeinschaft auf die Dauer nicht festigen, ja, sie könnte nicht einmal erhalten bleiben.“

Wir teilen diese Meinung. Die politische Einigung folgt nicht automatisch der wirtschaftlichen. Es bedarf vielmehr immer wieder politischer Entscheidungen, politischer Impulse und unablässiger Energie, um den wirtschaftlichen Einigungsprozeß mit dem politischen zu harmonisieren. Ich kann mir keine europäische Gemeinschaft vorstellen, die wirtschaftlich eine Großmacht, politisch aber schwach und zu einheitlichen Aktionen unfähig ist. Es ist kein Geheimnis, daß über die Form, die das künftige Europa politisch verbinden soll, noch Meinungsverschiedenheiten bestehen.

England gehört dazu

Mit besonderer Befriedigung sehen wir, daß Großbritannien sich dem Gemeinsamen Markt nähert. Wir wissen, wie politisch schwer dieser Entschluß einem Lande fallen mußte, das seinen Blick und seine Kraft seit Jahrhunderten auf andere Erdteile gerichtet hatte und das heute noch eng mit dem Commonwealth verbunden ist. Ich möchte noch einmal und deutlich erklären, daß die Bundesregierung alles tun wird, was in ihren Kräften steht, um den Beitritt Großbritanniens im Rahmen der Verträge zu ermöglichen. Übergangslösungen im Blick auf das Commonwealth werden sich nach Meinung der Bundesregierung finden lassen.

Über die Einigung Europas kann man nicht sprechen, ohne die Vereinigten Staaten von Amerika zu erwähnen. Sie haben in weit vorausschauender Weise den Zusammenschluß Europas gefördert. Wir müssen uns dessen bewußt bleiben, daß Europa die politische, wirtschaftliche und militärische Kraft der Vereinigten Staaten braucht, um sich gegen die expansive Politik des kommunistischen Blocks behaupten zu können. Die Brücke über den Atlantik ist aber nur dann fest und tragfähig, wenn sie — um ein Bild zu gebrauchen — auf unserer Seite auf einem starken, festgefügtten Pfeiler ruht. Die Zusammenarbeit wird sich erleichtern, wenn den Vereinigten Staaten ein einziger europäischer Gesprächspartner gegenübersteht, statt wie bisher ein Chor von Stimmen. Es wäre kurzsichtig, wenn wir die Einigung Europas betrieben, um eine sogenannte ‚Dritte Kraft‘ zu werden.

In dem ersten Jahrzehnt nach dem Kriege waren es vor allem die amerikanischen Streitkräfte und die amerikanische Atommacht, die die Sicherheit der Bundesrepublik garantierten. Heute hat die Bundeswehr einen Teil unserer Verteidigungsaufgaben mit übernehmen. Dennoch bleiben wir uns bewußt, daß bei dem gegenwärtigen Stande der Kriegstechnik unsere Sicherheit ohne das

NATO-Bündnis und das nukleare Potential der Vereinigten Staaten nicht denkbar wäre.

Wenn ich in diesem Zusammenhang von der Abrüstung spreche, so ist das keineswegs widersinnig. Die Rüstung, zu der wir uns gezwungen sehen, schützt uns vor dem Angriff eines hochgerüsteten Gegners. Eine allgemeine, wirksam kontrollierte Abrüstung aber, die das bestehende Kräfteverhältnis nicht ändert und potentiellen Gegnern keinen Vorteil verschafft, dient ebenfalls dem Frieden.

Gerade wir, im Brennpunkt der Kontroversen zwischen Ost und West

Freiheit für die Zone?

Über die Beziehungen Deutschlands zur freien Welt kann man nicht sprechen, ohne der Deutschen, unserer Landsleute zu gedenken, die unter kommunistischer Herrschaft in der sowjetisch besetzten Zone leben. Wir wollen, daß diese Deutschen in Freiheit leben und in Freiheit über ihr Schicksal entscheiden können. Dies ist, auf eine Formel gebracht, unser Ziel, das wir zusammen mit unseren Alliierten verfolgen. Die Sowjetregierung hat viele Noten geschrieben, an Konferenzen teilgenommen, mit Vorschlägen gelockt, mit Ultimaten gedroht, — sie hat sich jedoch nie bereit erklärt, den Deutschen in der Zone das Recht der Selbstbestimmung zu gewähren. Sie sollten aber wissen und einsehen, daß nur so und auch in ihrem eigenen Interesse eine wirklich dauerhafte Lösung der Deutschlandfrage möglich ist. Leider hat sie es bisher gebilligt, daß die Deutschen in der Zone wie in einem riesigen Strafgefangenenlager eingesperrt wurden. Die Gewaltmethoden des Sowjetregimes bilden ein Hindernis auf dem Wege zu einem besseren Verhältnis zwischen der Sowjetunion und Deutschland und seinen Alliierten. Oder positiv ausgedrückt: Je mehr Freiheit der Bevölkerung in der Sowjetzone eingeräumt wird, desto größer sind die Aussichten für eine Verbesserung der deutsch-sowjetischen Beziehungen.

Die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit bleibt das oberste Ziel unserer Politik. Wir werden uns durch die schweren Hindernisse, die der Verwirklichung dieses Zieles in der Vergangenheit entgegengestanden haben, und die ihr leider noch immer entgegenstehen, nicht entmutigen lassen. Wir waren uns immer darüber im klaren, daß dieses Ziel nicht von heute auf morgen erreicht werden könnte. Aber wir sind auch auf das tiefste davon überzeugt, daß das Selbstbestimmungsrecht, welches Jahr für Jahr einem Volk der Erde nach dem anderen gewährt wird, auf die Dauer auch dem deutschen Volk nicht vorenthalten werden kann.

Die gemeinsame amerikanisch-deutsche Grundposition in der Berlin-Frage hat nicht einen Augenblick geschwankt. Wir werden den eingeschlagenen Weg konsequent weiterverfolgen. Die USA und un-

gelegen, wünschen, daß der Menschheit die Furcht vor einem nuklearen Krieg und einer Weltkatastrophe genommen wird. Wir sind uns sehr wohl der Tatsache bewußt, daß unserer Möglichkeit, auf dem Feld der Abrüstung gestaltend einzugreifen, ziemlich enge Grenzen gesetzt sind. Dennoch haben wir auf diesem Gebiet mehr getan als andere Länder, vor allem mehr als diejenigen, die uns in ihrer lautstarken Propaganda auffordern, abzurüsten. Die Bundesrepublik hat sich freiwillig Beschränkungen auferlegt, denen sich kein anderes Land unterworfen hat. Sie hat auch bindend erklärt, daß sie nie Gewalt anwenden werde, um das deutsche Volk wiederzuvereinigen oder die bestehenden Grenzen zu ändern.

sere anderen Verbündeten haben ihr Schicksal mit dem Berlins verbunden. Das ist eine weltpolitische Tatsache allerersten Ranges. Dies ist ein Eckpfeiler praktischer Deutschlandpolitik. In diesem Tatbestand liegt für uns eine große Chance und zugleich eine gewaltige Verpflichtung.

Keine Revanchepolitik

Nun zum Schluß noch einige Worte über unser Verhältnis zu den kommunistischen Staaten Europas. Die Propaganda dieser Staaten präsentiert ihrer Bevölkerung täglich das Schreckensgespenst des revanchelusternen Deutschen. Tatsache ist jedoch, daß wir weder heute, noch morgen eine Revanchepolitik oder eine restaurative Politik verfolgen.

Unser Ziel ist eine gerechte, auf friedlichen Vereinbarungen beruhende, neue europäische Ordnung, in der alle Völker frei und als gute Nachbarn miteinander leben. Auch die Völker des Warschauer Paktes gehören zu Europa. Es wäre gut, wenn die kommunistische Haßpropaganda abgebaut würde, die das Verhältnis zwischen den osteuropäischen Völkern und dem deutschen Volk stört. Das ist durchaus möglich, wenn die Regierungen des Ostblocks sich dieser Aufgabe nicht entziehen. Ein Anfang könnte z. B. damit gemacht werden, bessere kulturelle und menschliche Kontakte zwischen den Deutschen in der Bundesrepublik und den osteuropäischen Völkern herzustellen. Vielleicht führt uns auch der Wirtschaftsaustausch näher zusammen.

Ich komme zu meinem Ausgangspunkt zurück: In den vergangenen 17 Jahren seit 1945 haben wir viel erreicht. Wir können stolz darauf sein, was wir unseren Leistungen verdanken, und dankbar dafür, was uns ohne unser Zutun gelang. Doch die Zukunft ist voller Gefahren und vor uns stehen noch große Aufgaben. Nun, wir werden uns der Zukunft und ihren Aufgaben stellen, mit klarem Blick, mit nüchternem Urteil, geduldig und mit fester Entschlossenheit."

Die Diskussion des außenpolitischen Arbeitskreises wird auf den Seiten 6 und 7 wiedergegeben.

Junge Partei mit klarem Profil

Von Hassel: „Wir werden unsere Anstrengungen verdreifachen“

Der stellvertretende Geschäftsführende Vorsitzende der CDU, der schleswig-holsteinische Ministerpräsident von Hassel, erläuterte vor den Delegierten des Bundesparteitages in einem Rechenschaftsbericht die Parteiarbeit des letzten Jahres. Einen weiten Raum nahmen dabei seine Ausführungen zum letzten Bundestagswahlkampf ein, dessen Ausgang zwar für die CDU mit Stimmverlusten verbunden war, bei dem sich aber die Idee der Union trotz aller Angriffe glänzend bewährte.

In seinem Referat erklärte von Hassel:

„Der 11. Bundesparteitag führt uns auch hinein in Fragen des organisatorischen Gefüges und zur konkretisierten Aussage über den Inhalt unserer Politik. Eine politische Partei hat erstens auf der Basis gemeinsamer Grundsätze die Ziele der politischen Arbeit aufzuzeigen und Methoden zu ihrer Verwirklichung darzustellen, und sie hat zweitens alle ihre Kräfte zu koordinieren und ihre Ziele den Bürgern im Staat verständlich zu machen. Die Frage, wie die CDU in den beiden zurückliegenden Jahren diese zweite Aufgabe angepackt hat, ist Gegenstand des Berichts, den ich Ihnen zu erstatten habe. Er wird vorwiegend bestimmt sein durch zwei Ereignisse — durch die Bundestagswahl und durch die Bemühungen um eine Straffung in der Parteispitze.

Ein neuer Abschnitt der Union

Gestatten Sie mir einige Anmerkungen zu dieser sogenannten Parteireform:

Die Politik der Christlich-Demokratischen Union, die unsere Bundesrepublik aus einem Nichts heraus geführt hat, verpflichtet uns zur ständigen Verbesserung unserer politischen Mittel. Eine Partei wie die CDU muß sich stets fragen, ob sie sich in den Stand gesetzt hat, der Belastung, die Verantwortung eben mit sich bringt, durch geeignete Formen der Führung zu entsprechen.

Als wir nach der Sitzung des Bundesvorstandes am 7. Februar dieses Jahres der Presse mitteilten, daß der Bundesvorstand diesem 11. Bundesparteitag der CDU vorschlagen wird, unseren Freund Josef-Hermann Dufhues zum Geschäftsführenden Vorsitzenden der Partei zu wählen und eine Neuorganisation der Parteispitze vorzunehmen, fanden wir die Zustimmung der gesamten CDU, ja selbst auch jener Teile der deutschen Publizistik, die sonst der großen Regierungspartei in Bonn nicht immer freundlich gesonnen sind. Wo immer über Einzelheiten diskutiert wurde, bestand Einmütigkeit über zwei Voraussetzungen:

● Die CDU ist glücklich darüber, daß dieser erste Schritt in einen neuen Abschnitt der Geschichte unserer Union von Konrad Adenauer eingeleitet und in der Richtung bestimmt wird. Wir tun diesen Schritt mit dem Kanzler.

● Die institutionelle Änderung dient uns dazu, Persönlichkeiten von politischem Rang, die auf Leistungen und Erfolge verweisen können, die Basis für verantwortungsbewußtes und verantwortliches Handeln in unser aller Auftrag zu schaffen.

Die CDU/CSU gilt weit über den Kreis ihrer Anhänger hinaus als die Partei mit den fähigsten Köpfen, mit der tüchtigeren

Mannschaft, mit der klaren Politik. Diesem Bild von unserer Union muß unsere Struktur gerecht werden.

Lehren aus der Bundestagswahl

Lassen Sie mich nun zu dem anderen Teil meines Berichts übergehen, der sich mit den Erfahrungen bei der Bundestagswahl befaßt wird. Als wir uns im Jahre 1960 — unmittelbar nach Karlsruhe — anschickten, in den technisch und werbemäßig am sorgfältigsten vorbereiteten Wahlkampf unserer Parteigeschichte einzutreten, waren wir uns dreier Hauptaufgaben bewußt:

● die Leistungen der CDU/CSU als der führenden Partei nicht nur in den letzten vier, sondern in den vorausgegangenen 12 Jahren des Bestehens der Bundesrepublik den Wählern bewußt zu machen;

● die Schwächen des politischen Gegners aufzuzeigen, ihn um dieser Schwächen willen anzugreifen und mit den Unklarheiten und der Fragwürdigkeit seiner Ziele darzustellen, um

● die erfahrene Mannschaft der CDU/CSU unter Führung von Konrad Adenauer und Ludwig Erhard als Bürgen dem Wähler für eine erfolgreiche Fortsetzung der deutschen Politik auch in der 4. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages zu zeigen.

Wir haben uns von Anbeginn keiner Illusion hingegeben: wir wußten, daß der Normalbürger die unter Führung der CDU erworbene Sicherheit und Wohlstand als etwas Selbstverständliches und nahezu Unverlierbares empfand. Während aber Oppositionsparteien ungestraft leuchtende Fernziele aufzeigen und damit ungehemmt Propaganda machen können, mußten wir — die Partei in der Verantwortung — versuchen, den Schleier des bloßen Taktierens vom Gesicht des politischen Gegners zu ziehen, ehe wir uns entscheidend mit ihm auseinandersetzen konnten. Wir hatten Grund zu der Annahme, daß die Bürger der Bundesrepublik erkennen würden, wie sehr die SPD in den zurückliegenden Jahren an ihren jeweiligen Programmen gebastelt hat, wie sie hergebrachte Grundsätze verwarf, um sich stattdessen attraktiv zu dekorieren. Dennoch: Wir dürfen nicht verkennen, daß die scheinbare Annäherung der SPD an die CDU eine Steigerung der Neigung weiter Kreise der Öffentlichkeit zu einer gewissen Labilität, verstärkt und dazu beigetragen hat, die Bedeutung der Wahlentscheidung zu verwischen. Wir hatten mit dem großen Anteil sogenannter Meinungsloser zu rechnen. Darüber hinaus hat die Union in gar mancher Frage den Eindruck der Unent-

Fortsetzung Seite 4

Auf ein Wort

Liebe Freunde,

„Friede — Arbeit — Ordnung“ rufen uns die Plakate der CDU in den Straßen Nordrhein-Westfalens zu. Das Leitwort für den Wahlkampf ist sachlich und phrasenlos. Es gibt das Ziel der erfolgreichen, tüchtigen, zähen Arbeit wieder, die die Regierung Meyers in den vier Jahren der abgelaufenen Legislaturperiode geleistet hat. Wer sich mit einiger Aufmerksamkeit mit der Landespolitik dieses Zeitraums beschäftigt, für den gewinnen die drei kurzen Worte reichen Inhalt. 1958 verkündete die neue Regierung Meyers ihr Schwerpunktprogramm. 1962 kann sie die Erfolge in Zahlen vorweisen und den Wähler nach einer solchen Erprobung mit gutem Grund um einen neuen Vertrauensbeweis bitten.

Die CDU-Regierung des größten deutschen Bundeslandes hat sich auf die absolute Mehrheit der Union im Landtag stützen können. Das ist ihrer ungestörten Arbeit zugute gekommen. Ihre Regierungskonzeption war aus einem Guß, ihre Politik maßvoll, geradlinig und entschieden. Auch in Nordrhein-Westfalen hat sich in diesen vier Jahren gezeigt, welchen Gewinn klare Mehrheitsverhältnisse für Parlament und Staat bedeuten. In den angelsächsischen Ländern wäre eine solche Feststellung nur eine platte Binsenwahrheit. Bei uns ist es leider notwendig, gegenüber dem törichteren Gerede von der „Alleinherrschaft einer Partei“ immer wieder darauf zu verweisen, daß das viel gerühmte Funktionieren etwa der englischen Demokratie gerade auf der stabilen Mehrheit einer Partei im Parlament beruht.

Was eine unzuverlässige Partnerschaft, von der man abhängig ist, bedeutet, hat die CDU in Nordrhein-Westfalen 1956 beim Sturz der Regierung Arnold erfahren. Der Wähler hat diesen Regierungssturz 1958 seinerseits mit einer klaren Absage an die Verschwörer quittiert, die Arnolds verdienstvolle Regierungstätigkeit jäh unterbrochen hatten. Er hat damit sein Urteil über die Politik des Bäumen-Wechsel-Dich gesprochen. Sorgen wir dafür, daß die Erfahrungen auch 1962 beim Wähler nicht vergessen werden. Sinn und Inhalt des Wahlkampfes muß sein, deutlich zu machen, wie wichtig eine stetige Entwicklung ist, die sich über die vier Jahre einer Legislaturperiode hinauszieht und wie wesentlich dabei die ausschlaggebende Stellung der CDU ist. Hier liegt für die nächsten zwei Wochen unser aller Aufgabe.

Ihr Konrad Kraske

Junge Partei mit klarem Profil

Fortsetzung von Seite 3

schlossenheit gemacht und sich unnötigerweise Angriffen ausgesetzt. Das alles mußte zur Labilität gewisser Wählerkreise beitragen.

Der Rückschlag, der uns die absolute Mehrheit im Bundestag kostete, setzte ein mit dem 13. August, jenem neuen Unglückstag der deutschen Nachkriegsgeschichte. Wir würden uns selbst betrüben, wollten wir der vordergründigen Auffassung folgen, daß ohne diesen 13. August alles in bester Ordnung für die CDU/CSU gewesen wäre. Hätte es nicht jene soeben erörterte Labilität in der Wählerschaft gegeben, wäre dem Deutschen damals klar gewesen, in welcher schwieriger außenpolitischer Situation sich die Bundesrepublik befand, hätte der 13. August nicht die Wirkung haben können, die nun praktisch von diesem Tage ausging. Diese Erkenntnis sollte uns alle, ob Bundesvorstand oder Ortspartei, dazu veranlassen, unsere Politik im Staate, unsere Arbeit für den Staat in der Partei immer darauf auszurichten, daß gerade in ernster Zeit jede schwierige Situation, jede Krise gemeistert werden kann. Wir müssen es uns immer zur Pflicht machen, dem Volk in der Bundesrepublik stets und überall die ganze deutsche Wirklichkeit darzustellen. Wir müssen den Mut haben, unser Volk, dem unsere erfolgreiche Arbeit gilt, auch für Opfer in Anspruch zu nehmen — sonst zwingen uns eines Tages andere zu Opfern.

Bestandene Bewährungsprobe

Die Idee der Union hat eine harte Bewährungsprobe bestanden. Als evangelischer Politiker der Union habe ich in diesem Wahlkampf persönlich die Erfahrung der guten Partnerschaft von Katholiken und Protestanten in der CDU/CSU gemacht.

Wir Protestanten sind immun gegenüber den Versuchen, uns mit der Vorstellung eines militant-politischen Katholizismus zu schrecken. Unsere katholischen Freunde sind nicht in der Gefahr, durch mögliche Behauptungen protestantischer Missionsideen an der Partnerschaft mit uns unsicher zu werden. Versuche, den guten Geist der bewährten Partnerschaft in der politischen Verantwortung zu zerstören, werden meist durch Kreise unternommen, die außerhalb der CDU stehen und oft selbst keine eigene Beziehung zum christlichen Glauben haben.

Daß die CDU am 17. September 1961 wie bei allen Wahlen nach 1945 erneut die Mehrheit erringen konnte, ist nicht zuletzt auf die Treue zurückzuführen, mit der auch und vor allem Millionen Arbeiter, Frauen wie Männer, auf den Geist der Union vertrauen, auf den Interessenausgleich innerhalb der Union, durch den eine gemeinsame Willensbildung zum Nutzen aller Kreise der Bevölkerung ermöglicht wird. Denen, die in den Arbeitnehmern die Gefahr eines 'linken Flügels' sehen, sei gesagt: ohne diese treuen Arbeiter wäre Konrad Adenauer nie Kanzler, Ludwig Erhard nie Wirtschaftsminister, Karl Arnold, Franz Meyers, nie Ministerpräsidenten geworden.

Wir verfügen über einen gewiß zu kleinen Stab fleißiger und zuverlässiger

hauptamtlicher Mitarbeiter. Ihnen zur Seite standen auch im Bundestagswahlkampf Tausende von Frauen und Männern aus den Kreisen der Mitglieder und nicht zuletzt aus der Jungen Union. Aber es bleibt festzustellen, daß die CDU eine Partei ist, in der die Zahl der hauptamtlichen Mitarbeiter einfach unzureichend ist.

Es ist eine Stärke der CDU, daß sie stets in aller Öffentlichkeit diskutieren kann. Aber, das ist eine alte Lehre, man bietet niemals ungestraft dem Gegner die offene Flanke. Die politische Diskussion in der Union muß nicht zum 'Unisono',

Statt daneben stehen – mitarbeiten

Viele Bürger — und das sind gewiß nicht immer die schlechtesten — wollen so wenig Staat wie möglich, es sei denn, daß er sich spürbar als Förderer ihres persönlichen Nutzens, als Vollstrecker der eigenen Interessen anbietet. Wo aber der Staat den Einzelnen um der Gemeinschaft willen in der Pflicht halten muß, da wird nicht selten ein Zug zu müder Resignation, wenn nicht gar zur Staatsverdrossenheit sichtbar.

Wir wissen: Politik ist keine Sache, mit der man sich beschäftigt, indem man vom zweiten Rang ausschaut. Politik lebt aus der Auseinandersetzung. Gerade die sogenannten Intellektuellen also sollten nicht über die Politik die Nase rümpfen, sie sollten ihre Nasen in die Politik hineinstecken und mitarbeiten. Mit der Vorstellung, daß Nonkonformismus schon eine Idee sei, hilft man nicht beim Aufbau eines Staates. Daneben stehen und sich niemals die vermeintliche weiße Weste zu beflecken, ist eine armselige Methode.

Wir begegnen vielfach in der Auseinandersetzung einem Gefühl des 'was sollen wir uns engagieren?' Das ist nicht mehr einfach die Situation des 'gebrannten Kindes'. Das ist auch etwas anderes als 'Sichversagen'. Das resultiert einmal aus der immer noch bestehenden, ja äußerst verstärkten Unsicherheit der Existenz unserer Nation in ihrer Gesamtheit. Das hat zum zweiten seine Ursache in der Art des Umgangs der rivalisierenden Parteien miteinander. Wir müssen, gerade wenn es hart auf hart gehen muß, einen Stil finden, der weder verniedlicht, noch den Gegner verteufelt. Das erwächst zum dritten endlich aus der nicht immer klar gewordenen Art des Zusammenwirkens derer, die eine gemeinsame Verantwortung tragen. Hemmende Spannungen zwischen Bund und Ländern oder zwischen Ländern untereinander werden uns überlegenommen.

Eine weitere Erfahrung aus dem Wahlkampf, und sie schließt an das, was ich soeben sagte, an: Unsere Jugend verlangt, daß wir als die Partei der Aufbau-erfolge, gerade weil wir als Union Partei des ganzen Volkes sein müssen, klar im Profil wie in der Aussage sind — von unseren Entscheidungen, die wir verantwortlich treffen, ganz zu schweigen. Jede Verwaschenheit, jede Unentschiedenheit, jeder zunächst billige Kompromiß wirkt in Entscheidungssituationen stärker gegen uns als es je eine wohlbegründete

wohl aber zur Harmonie in ihren Aussagen befähigen.

In diese Harmonie gehört auch der Zusammenklang einer Partei, die in föderativer Ordnung aufgebaut wurde. Hier ist sehr vieles sehr viel besser geworden, als es vor Jahren noch schien. In den schwierigen Fragen unserer Partei-Neuordnung haben die Landesvorsitzenden die Entscheidung vorbereitet. Sie haben sich in ihren zahlreichen Zusammenkünften zur Verantwortung für die Bundespartei bekannt, so daß wir einen höchst beachtlichen Integrationsprozeß der CDU Deutschlands erlebt haben, der sehr zur Festigkeit der CDU beigetragen hat.

harte Maßnahme tun könnte. Unsere Politik darf nicht „gefällig“ sein, sie muß entschieden sein.

Koalition nicht auf CDU-Kosten

Wir hatten uns im Wahlkampf nicht nur mit der Sozialdemokratie, sondern auch der Methoden des nunmehrigen Koalitionspartners zu erwehren. Die Parolen der FDP und ihre Methode des freundlichen Fernseh-Lächelns haben Erfolg gehabt, Erfolg auf Kosten der Union. Daß das möglich war, kann uns nur zu einem Schluß führen: auch in der Koalition dürfen wir bei einem festen Willen zur guten Zusammenarbeit mit dem Partner in der gemeinsamen Verantwortung das Profil nicht verlieren, das wir uns in den zurückliegenden 16 Jahren erworben haben. Koalition kann für den Stärkeren nicht heißen, daß er dem Schwächeren gestattet, alle Erfolge gemeinsamen Ringens für sich in Anspruch zu nehmen und den Stärkeren zusehen zu lassen, wie er mit dem Rest fertig wird. Auch dem möglichen Koalitionspartner gegenüber muß die CDU in künftigen Wahlkämpfen ihre Position eindeutig und unbeirrbar beziehen.

Eines aber hat dieser Wahlkampf gezeigt: Wer glaubt, einmal das Spiel auf eine sogenannte große Koalition setzen zu können, der trägt dazu bei, daß die CDU mit Sicherheit die nächste Runde verlieren wird. Wenn wir uns zum Zweiparteiensystem als dem gesündesten in der Demokratie bekennen — und wir haben das immer getan — dann ist eine große Koalition das Ende dieses Gedankens, dem wir angehangen haben, dann beginnt am gleichen Tage der Abstieg der CDU.

Eine letzte Lehre aus der Wahl, die stets aktuell ist: unser Volk läßt sich auch durch die raffinierteste Werbung nicht mehr politisch verführen. Werbung kann nur hinführen zu Wahlentscheidungen, die aufgrund von Erfahrungen mit der CDU, mit der Regierung, mit uns in vierjähriger Arbeit getroffen werden.

In dem Bewußtsein, daß wir alle gemeinsam in der Lage sind, die richtige, in eine gesicherte Zukunft Deutschlands verweisende Politik für das deutsche Volk in der aufrichtig-partnerschaftlichen Gemeinschaft der freien Nationen zu führen, hat am 18. September 1961 bereits die Vorarbeit für die Bundestagswahl des Jahres 1965 begonnen. In diesen Wahlen werden wir zeigen, daß wir eine junge Partei mit einem klaren Profil sind. Wir werden unsere Anstrengungen verdoppeln und verdreifachen."

Bundestagswahl 1965 gewinnen

Brentano über Arbeit und Aufgaben der Bundestagsfraktion

Die Bundestagsfraktion der CDU/CSU wird äußerste Anstrengungen unternehmen, um mit der CDU und CSU die nächsten Bundestagswahlen zu gewinnen. Sie wird die Politik der Bundesregierung weiterhin tatkräftig unterstützen. Dieses Bekenntnis legte während des Bundesparteitages der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. von Brentano, ab, der über die Arbeit und die Aufgaben seiner Fraktion berichtete.

Dr. von Brentano, der in seinem Referat auch zu aktuellen Problemen der Koalition Stellung nahm, führte u. a. aus:

„Die Wahlen vom 17. September 1961 haben die Fraktion der CDU/CSU vor eine neue veränderte Aufgabe gestellt. Wir hatten die absolute Mehrheit verloren, und damit standen wir vor einer unausweichlichen Alternative: Entweder als stärkste Fraktion wieder die Führungsaufgabe zu übernehmen und die fehlende Mehrheit durch eine Koalition zu ergänzen, oder aus der Verantwortung auszuscheiden. Die Antwort konnte nur im Sinne der ersten Alternative lauten, wenn wir dem Mandat unserer Wähler gerecht werden wollten. Die Entscheidung fiel für eine Koalition mit der Freien Demokratischen Partei, die sich zur Zusammenarbeit bereit erklärte. Und diese damalige Entscheidung war gerechtfertigt, denn die FDP hat auch als Opposition die großen außenpolitischen Entscheidungen der vergangenen Jahre mitgetragen, während die SPD Jahre hindurch harten Widerstand leistete.

Eine Koalition verlangt von den Beteiligten ein hohes Maß an echter Loyalität und freiwilliger Disziplin. Meine Fraktion hat gezeigt, daß sie dazu bereit ist. Die vergangenen Monate haben gezeigt, daß es Fragen gibt und auch geben wird, in denen die Koalitionspartner verschiedener Meinung sind; darunter auch Fragen grundsätzlicher Art, die ihrer Natur nach dem Kompromiß weniger zugänglich sind. Wir sind bereit, die Verantwortung vor unseren Wählern und vor dem ganzen deutschen Volk zu tragen. Aber wir können es nur, wenn auch der Partner eine gleiche sachliche Kompromißbereitschaft zeigt. Es kann aber Fragen geben, die sich dem Kompromiß entziehen. Partei und Fraktion dürfen auch in dieser Koalition nicht das eigene Profil verlieren. Wenn ich mit diesen Worten die Ausgangsposition unserer Fraktion in der Koalition umreißt, dann muß ich auch ein Wort über die Einstellung des Koalitionspartners sagen.

Ungerechtfertigte Vorwürfe

Ich möchte mich mit einigen Erklärungen beschäftigen, die auf dem Parteitag der FDP abgegeben wurden. Der Vorsitzende der FDP, Herr Dr. Mende, hat auf dem FDP-Parteitag u. a. folgendes gesagt: *„Die Mitbeteiligung der FDP an der Bundesregierung hat den gefährlichen Marsch in kollektivistische Abgründe gebremst und eine Umkehr eingeleitet.“* Es ist ein schlechter Scherz, wenn man der Politik der Union einen Hang zum Kollektivismus nachsagt. Wer hat diese Entwicklung verhindert, wenn nicht die Union! War es Kollektivismus, als wir unsere soziale Ordnung wiederherstell-

ten, war es Kollektivismus, als wir die Lastenausgleichsgesetzgebung durchführten? Wir sprechen die Verantwortung des einzelnen für den Staat an; wir bekennen uns aber auch zur Verantwortung der

Lassen Sie mich nun im Rahmen meines Berichts auf die außenpolitischen Aufgaben eingehen. Mit Recht hat der Bundeskanzler darauf hingewiesen, daß die Ost-West-Spannung unverändert anhält. Die Fraktion ist entschlossen, alles zu tun, um die Regierung in ihren Bemühungen zu unterstützen, die Verbindung mit der freien Welt noch enger zu gestalten und die Abwehrkraft des Westens zu stärken. Dazu hat Herr Bürgermeister Brandt in Köln eine Bemerkung gemacht, auf die ich eingehen muß. Er sagte, der Bundeskanzler habe es leider nicht verstanden, das ihm in den vergangenen Jahren entgegengebrachte Vertrauen der Welt auf unser Volk so zu übertragen, wie es Bürgermeister Reuter in Bezug auf die Bevölkerung von Berlin gelungen sei.

Herr Brandt hat aber schamhaft die Gründe verschwiegen, die diese Feststellung rechtfertigen. Dem unablässigen Bemühen der CDU/CSU, die Bundesrepublik mit der westlichen Welt zu verklammern und um Vertrauen für die deutsche Politik von heute und von morgen zu werben, hat sich die Sozialdemokratische Partei versagt. Ist es nötig, daran zu erinnern, daß alle außenpolitischen Entscheidungen, die wir getroffen haben, gegen den leidenschaftlichen Widerstand der Sozialdemokratischen Partei erfolgten? Sie hat nicht einmal gezögert, den Aufbau der Bundeswehr zu sabotieren. Wenn heute Herr Brandt diese von mir genannte Feststellung trifft, dann sollte er wenigstens so anständig sein und hinzufügen, daß dieser Mangel an Vertrauen nicht dem Bundeskanzler, nicht seiner Politik und nicht seiner Partei galt; daß er vielmehr entstanden war aus der berechtigten Sorge unserer Alliierten, daß eine sozialdemokratische Regierung die Ziele verwirklichen werde, die mit dem gegenseitigen Vertrauen und der Bündnispolitik unvereinbar waren.

Wie verlogen klingt ein Zitat aus einer großen sozialdemokratischen Zeitung: *„Die deutsch-amerikanische Freundschaft ist das kostbarste Gut der deutschen Politik. Es scheint, daß wir sie heute vor den Torheiten eines alten Mannes schützen müssen.“*

Diejenigen, die heute den traurigen Mut aufbringen, eine solche Betrachtung

staatlichen Gemeinschaft gegenüber dem einzelnen.

Wir wollen an einer gerechten sozialen Ordnung mitwirken, — nicht ohne die Grenzen zu sehen, die uns gezogen sind. Deshalb wird die Fraktion auch in Zukunft die Bemühungen unseres Freundes Blank unterstützen. Zu den Fragen, die der Bundestag in Kürze behandeln und beantworten muß, gehören das Gesetz über die Unfallversicherung, die Frage der Gleichstellung der Arbeitnehmer im Krankheitsfall, die Neuordnung des Kindergeldes, und nicht zuletzt eine wirkliche Reform der Krankenversicherung. Das sind für uns Verpflichtungen aus unserer christlichen Verantwortung; sie entziehen sich darum jeder parteipolitischen Propaganda.

Gedächtnisstütze für die SPD

anzustellen, das sind die gleichen, die den ersten mutigen Schritt unseres Bundeskanzlers ablehnten und ihn damals den Bundeskanzler der Alliierten nannten. Der Schaden, der dadurch dem deutschen Volk und der gesamten freien Welt entstanden ist, ist durch verspätete Lippenbekenntnisse nicht gutzumachen.

So lange unsere Verbündeten und Freunde fürchten mußten, daß eine sozialdemokratische Bundesregierung einen anderen Weg gehen werde, so lange konnte es auch den unausgesetzten Bemühungen des Regierungschefs nicht gelingen, das Vertrauen der freien Welt auch für diejenigen zu erringen, die ihn leidenschaftlich bekämpften. Die Haltung der sozialdemokratischen Opposition hat nicht nur die Vertrauensgrundlage zu unseren Freunden in der freien Welt erschüttert; sie war auch dazu angefan, bei der Regierung der Sowjetunion gefährliche Hoffnungen zu wecken, und sie hat damit dazu beigetragen, die Ausgangsposition des Westens in den Verhandlungen mit der Sowjetunion entscheidend zu schwächen.

Fraktion und Regierung einig

Die Fraktion wird die Außenpolitik der Bundesregierung unterstützen. Der Bundeskanzler hat es ausgesprochen, und ich wiederhole es: Wir wissen, daß die Führung der freien Welt in den Händen der amerikanischen Regierung liegen muß. Denn die Vereinigten Staaten sind die stärkste Macht der freien Welt, und sie haben bewiesen, wie ernst sie ihre Verpflichtungen nehmen. Nur ein Narr kann uns unterstellen, daß wir eine echte Entspannung verhindern wollen.

Wir müssen Vertrauen haben zu uns selbst und zu unseren Freunden in der freien Welt. Die Fraktion der CDU/CSU wird die Bundesregierung begleiten und unterstützen. Sie wird aber auch zusammen mit den beiden Parteien, mit der CDU und der CSU, äußerste Anstrengungen unternehmen, um die bevorstehenden Wahlen in den Bundesländern und die nächsten Bundestagswahlen zu gewinnen. Wir haben das Recht, auf unsere erfolgreiche Arbeit zu verweisen und um das Vertrauen der Wähler zu bitten.“

Einig im Ziel - einig im Wollen

Die Diskussion im Arbeitskreis I des Parteitages

Nach dem einleitenden Referat von Bundesaußenminister Dr. Schröder vor dem Arbeitskreis „Deutschland, Europa und die freie Welt“ wurde von den Delegierten in einer freimütigen mehrstündigen Diskussion unter Leitung des Bundestagsabgeordneten Majonica, Vorsitzender des außenpolitischen Arbeitskreises der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die außenpolitische Lage der Bundesrepublik erörtert. Dabei zeigte es sich, daß sich die CDU in den Grundpositionen der deutschen Politik einig ist und weiter wie bisher in vertrauensvoller Zusammenarbeit mit unseren Freunden alles daransetzen wird, die Teilung Deutschlands zu überwinden und den Frieden in der Welt zu bewahren.

Die Aussprache, die alle Bereiche in der Außenpolitik umfaßte, wurde von dem Delegierten Dr. Domes eröffnet, der erklärte: „Was ich vermisste, ist eine weltweite Strategie der politischen Offensive, mit der allein die freie Welt in der Lage ist, den kalten Krieg zu gewinnen. Ich habe den Eindruck“, so führte der Redner aus, „als ob es heute in vielen Hauptstädten der westlichen Welt manche Fehlanalyse gibt. Früher hat man ganz gewiß den sowjetischen Block als zu schwach beurteilt; es hat fast den Anschein, als ver falle man heute in das umgekehrte Extrem und betrachte ihn als zu stark. Ich bitte deshalb darum, daß das Auswärtige Amt, trotz der Angst um das, was man heute als Dogmatismus verleumdet, an der Formulierung einer solchen Konzeption einer politischen Offensive der freien Welt beherzt mitarbeitet. Denn es kommt für uns darauf an, den bestehenden Status quo zwischen dem Totalitarismus und der freien Welt zu unseren Gunsten zu verändern.“

Osteuropa beachten

Der frühere Bundesminister Kraft dankte dem Außenminister dafür, daß er in seiner Rede auch die osteuropäischen Völker als zu Europa gehörig bezeichnet hat. „Es ist richtig“, so sagte Kraft, „daß wir diesen Völkern zeigen, daß wir uns ihnen als Europäer zugehörig fühlen, daß wir nicht mehr in alten Kategorien denken, sondern überzeugt sind, zusammenzugehören.“

Die osteuropäischen Völker sind, im Gegensatz zu der kommunistischen Propaganda, aufgeschlossen für die europäische Entwicklung. Es ist unaßbar für uns Deutsche, daß manche dieser Völker, die in letzter Zeit durch uns so viel Leid erfahren haben, sich durch die Vergangenheit, die uns trennen könnte, nicht gestört fühlen, sondern in eine Zukunft sehen, in der sie mit uns vereint sein möchten.“ „Zweifello“, führte Kraft weiter aus, „können wir nicht viel tun angesichts der feindseligen Haltung des Ostblocks. Wir sollten aber wenigstens den Emigranten aus Osteuropa zu erkennen geben, daß wir uns mit ihnen verbunden fühlen in einem freien Europa.“

Auch der nächste Diskussionsredner, Dr. Marx, ebenfalls Vertriebener, setzte

sich für ein besseres Verhältnis zu den östlichen Staaten ein. Dr. Marx forderte die Bundesregierung auf, die osteuropäischen Völker mehr als bisher über die

Hierzu führte der Diskussionsredner Koch, ein Zonenflüchtling aus: „Es muß davor gewarnt werden, dieses Angebot anzunehmen. Der Kreditwunsch ist kein Problem des Interzonenhandels, sondern ein weitausgreifendes politisches Problem. Ich glaube nicht, daß wir für die Bevölkerung in der Zone irgendeine materielle Verbesserung aushandeln können. Aber wenn wir Konzessionen für die mitteldeutschen Landsleute ausbedingen oder die Frage der Zufahrtswege nach Berlin mit dem Kreditwunsch in Verbindung bringen, erkennen wir lediglich die Zonenregierung als Vertragspartner an. Den leidenden Menschen werden wir nicht helfen.“

Auch der nächste Redner, der Berliner Bundestagsabgeordnete Dr. Gradl, warnte davor, die Frage der Kreditgewährung nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu beurteilen. „Dies kann für uns keine wirtschaftliche Angelegenheit sein, das wäre unmoralisch gegenüber den Menschen in der Sowjetzone. Gibt es andere Gesichtspunkte“, fragte Dr. Gradl, „unter denen man vielleicht sich positiver zu dem Kreditwunsch der Zone einstellen könnte? Ich möchte darauf sagen: Man kann diesen Kreditwunsch dann positiver in Erwägung ziehen, wenn für uns politisch und menschlich etwas dabei heraus springt. Das ist die entscheidende Frage, die man ohne jede Emotion beantworten muß. Wirtschaftlich können wir kein Interesse daran haben, den Wunsch Pankows zu erfüllen. Wir sind uns auch klar darüber, daß man damit auch nicht die Wiedervereinigung einhandeln kann. Aber zwischen der Wiedervereinigung und dem heutigen Zustand an der Mauer gibt es viele Möglichkeiten der Verbesserung der menschlichen Beziehungen zwischen den beiden Teilen Deutschlands. Nur unter diesem Gesichtspunkt sollte man die Erfüllung der Wünsche Pankows beurteilen.“

Wem nützt es?

Sehr entschieden warnte der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. von Brentano, davor, sich irgendwelche Illusionen darüber zu machen, daß man mit einem Kredit den harten Griff der SED lockern könne. Dr. von Brentano erklärte:

„Wenn es darum ginge, daß wir die Menschen drüben freikaufen

friedlichen Absichten der deutschen Politik aufzuklären, um so der ständigen kommunistischen Haßpropaganda ein Gegengewicht entgegenzusetzen. Die kommunistische Propaganda vor allem in Polen sei recht erfolgreich, meinte der Redner. Denn er habe bei seinen verschiedenen Reisen nach Schlesien eine Verschlechterung der polnischen Stimmung gegenüber Deutschland in letzter Zeit feststellen müssen.

Einen breiten Raum in der Aussprache nahm das Deutschlandproblem ein, insbesondere der Wunsch der Zonenmacht, von der Bundesrepublik größere Kredite zu erhalten. Bei allen Diskussionsrednern, die hierzu das Wort ergriffen, war die Beurteilung dieser Angelegenheit nur von einer Frage abhängig: Können wir damit unseren Landsleuten helfen, oder nützen wir nur den kommunistischen Machthabern?

Kredit politisch gesehen

könnten, dann würde ich an das deutsche Volk appellieren und sagen, bringt das letzte Opfer, damit wir dieses Ziel erreichen. Aber der Schlüssel zur Freiheit liegt in Moskau und nicht in Pankow. Wir würden uns in eine gefährliche Situation begeben, wenn wir einer solchen Erpressung nachgäben, die dann ständig auf uns lasten würde. Es ist ein frommer Selbstbetrug zu glauben, daß der Interzonenhandel und eine wirtschaftliche Unterstützung der Zone den Mitteldeutschen etwas nützt. Das Gegenteil ist wahr. Das System, das gegen die Deutschen kämpft, wird unterstützt. Wir sollten nicht aus einer Erregung heraus handeln. Wenn wir wirklich etwas tun können, was den Menschen drüben dauerhaft nützt, dann wären wir alle gewiß zu Opfern bereit.“

Im gleichen Sinne äußerte sich der Berliner Delegierte Mollin, Mitglied des Abgeordnetenhauses, der ebenfalls meinte, daß sich die Gewalthaber in Mitteldeutschland zu keinen Konzessionen bereiterklären würden. Aus der Tatsache, daß Ulbricht die völlig unpolitische Medikamentenhilfe verboten habe, sei klar zu ersehen, daß die Gewalthaber in der Zone nicht im mindesten daran denken, der von ihr unterdrückten Bevölkerung auch nur die geringsten Erleichterungen zu gewähren.

Der Vorsitzende der Hamburger CDU, der Bundestagsabgeordnete Blumenfeld, regte in diesem Zusammenhang an, die eindeutig klar zutage tretende wirtschaftliche Schwäche der Sowjetunion zu einer politischen Offensive auszunutzen. „Im wirtschaftlichen Bereich sind wir Moskau klar überlegen, an diesem Punkt müssen wir ansetzen. Wir brauchen dazu allerdings die wirtschafts- und handelspolitische Solidarität des Westens, um das große politische Gespräch mit Moskau mit großem Nachdruck führen zu können.“

528 Todesurteile in der Zone

Über das Ausmaß des Terrors der Sowjetzone, den zu beseitigen das erklärte Ziel der Bundesregierung ist, machte der Delegierte Beitz vom Arbeitskreis ehemaliger politischer Häftlinge erschütternde Angaben. Beitz teilte mit: „Wir haben

Fortsetzung Seite 7

Einig im Ziel - einig im Wollen

Fortsetzung von Seite 6

Erhebungen angestellt, nach denen von 1945 bis 1960 49 100 Menschen in der Sowjetzone wegen politischer Delikte verurteilt worden sind, darunter befanden sich 528 Todesurteile sowie 654 Urteile, die auf lebenslängliche Haft lauteten."

Wie seine Vorredner, so sprach sich auch der Delegierte Dumstrey dagegen aus, der Sowjetzone Kredite zu gewähren, denn der Bevölkerung würde nicht geholfen werden. Aus der Zone erhalte er Zuschüssen, in denen es heiße: "Gebt Ulbricht nicht ein Gramm, dann bricht das System vielleicht noch etwas früher zusammen."

Im weiteren Verlauf der Diskussion dieses Themas ergriff noch einmal Dr. Gradl das Wort, um seine ersten Ausführungen zu ergänzen.

"Es genügt nicht, mit Worten gegen die Mauer zu reden", erklärte er. "Wenn wir die Spuren einer Chance haben, müssen wir ihr nachgehen, um die menschliche Not in der Zone zu verringern."

Zur Europapolitik der Bundesregierung ergriff der Bundestagsabgeordnete und Vizepräsident des Europäischen Parlaments, Prof. Furler, das Wort. Prof. Furler forderte in seinem Diskussionsbeitrag, den bisherigen Weg in der europäischen Integration weiter zu beschreiten, da ein einiges Europa auch die Lösung der deutschen Frage vorteilhaft beschleunigen könne. Er erklärte: "Ein einiges Europa ist die Basis für die Existenz Berlins, für unsere nationale und freiheitliche Hoffnung auf Selbstbestimmung in der Zone."

Der Gemeinsame Markt wächst

In diesem Zusammenhang ging Prof. Furler auch auf aktuelle europäische Einigungsbestrebungen ein. "Der Gemeinsame Markt, der Europa einklinkert, wächst täglich und wird täglich stärker, weil sich die Wirtschaft darauf einstellt." Der Redner erinnerte daran, daß Chruschtschow in letzter Zeit die Assoziation des Gemeinsamen Marktes mit 15 afrikanischen Staaten wiederholt angriff.

"In Afrika entwickelt sich vor unseren Augen ein neues Werk, das zur Stabilisierung der Welt beiträgt. Dort in Afrika will Chruschtschow nicht die ordnende Kraft der EWG wirken lassen. Chruschtschow behauptet dabei, Europa wolle die afrikanischen Staaten nur als billige Rohstoffquellen halten. Genau das Gegenteil ist der Fall. Wir haben Pläne für eine industrielle Entwicklung und wenden dafür Milliardenbeträge auf."

Ein Wort zur politischen Union: eine Union der Staaten ist eigentlich nicht das, was wir als Fernziel eines politischen Überbaues wollen. Deshalb müssen einzelne Punkte dieses Fragenkreises klar-

gestellt werden. Ganz indiskutabel ist für uns, daß durch irgendwelche Maßnahmen die bisherige erfolgreiche Integrationspolitik gefährdet wird. Die Politik de Gaulles ist in diesem Punkt sehr hart. Er will auch ein starkes Europa, aber er hat ganz andere Vorstellungen von der Verteidigung im Rahmen der NATO, als wir sie haben. Können wir uns aber verpflichten, eine gemeinschaftliche Verteidigungspolitik zu betreiben, in einem Augenblick, in dem hier die Grundlagen einer gemeinsamen Politik noch nicht erkennbar sind? Infolgedessen halte ich es für notwendig, daß uns eine politische Union nicht hineinführt in einen Konflikt innerhalb der NATO mit der entscheidenden westlichen Macht, den USA. Das muß rechtzeitig klargestellt werden. Es ist ja nicht so, daß wir die politische Union abschließen müssen. Wenn andere ebenfalls daran interessiert sind, müssen sie auch Bedingungen akzeptieren. Wir müssen uns die Entwicklungsmöglichkeiten offenhalten, die auf eine moderne Form der politischen Einigung hingehen. Wir dürfen uns nicht die zukünftige Entwicklung verbauen."

Was will Moskau?

Zu der weltweiten Auseinandersetzung zwischen Ost und West, in deren Brennpunkt Deutschland liegt, sprach der CSU-Bundestagsabgeordnete Baron zu Guttenberg, der als Gast vom Parteitag lebhaft begrüßt wurde. Er ging von dem Berlin-Problem aus und fragte: "Was will die Sowjetzone mit ihrer Berlin-Operation? Sie möchte Berlin, sie möchte aber auch die Bundesrepublik aus ihrer Allianz herausbrechen. Moskau hofft, mit seinem Druck auf den Hebel Berlin, die Bundesrepublik zunächst zu isolieren, alsdann zu neutralisieren, um sie sich am Ende gefügig machen zu können. Und also ist nach meiner Meinung die Berlin-Initiative ein Teil einer größer angelegten sowjetischen Planung, einer Planung, die unter dem Stichwort 'Friedensvertrag für Deutschland' läuft."

Der Inhalt eines solchen Vertrages ist der Versuch der Sowjetunion, die Sicherheit der Bundesrepublik zu unterminieren und die Teilung Deutschlands völkerrechtlich akzeptiert zu sehen. Die sowjetische Androhung,

das freie Berlin zu erdrosseln, ist nichts anderes, als ein Versuch, den Westen zu veranlassen, die Sicherheit unseres freien Deutschlands und die gemeinsame Deutschlandpolitik unserer Allianz als verhandlungsfähig, sprich, als feld möglicher Konzessionen, erscheinen zu lassen.

Westberlin ist durch die Garantien der Alliierten sicher und geschützt. Diese Allianz hat formuliert, daß es drei vitale Interessen gäbe: erstens, die Anwesenheit westlicher Truppen in Westberlin; zweitens, den Zugang nach Westberlin; drittens, die Lebensfähigkeit Westberlins. Diese Interessen sind durch die volle Macht der Amerikaner, Engländer und Franzosen gesichert. Dafür schulden wir Amerika und unseren Verbündeten allen Dank.

Die deutsche Politik sollte nicht vergessen, daß diese drei Interessen zwar den großen Teil, aber keineswegs alle lebenswichtigen Positionen des Westens decken, die die Sowjetunion durch den Friedensvertrag zur Diskussion stellt.

Es besteht die Gefahr, daß die sowjetische Politik vielleicht vermuten könnte, daß die Herausstellung eines Teiles der vitalen Interessen eben andere nicht genannte Interessen verhandlungsfähig machen könnte. Die CDU sollte sich darüber einig sein, daß eine Allianz in dem gleichzeitigen, gleichmäßigen und gleichwertigen Schutz aller legitimer lebenswichtiger Interessen der Beteiligten des Bündnisses bestehen muß. Das heißt, daß bei aller Anerkennung der alliierten Festigkeit in Westberlin die deutsche Politik und damit unsere Partei in den lebenswichtigen Fragen unserer Allianz unbeirrbar bleiben muß und auch jene Interessen als nicht verhandlungsfähig erklärt, die die Grundlage der Deutschlandpolitik der CDU waren, sind und bleiben sollen:

Ablehnung jeden Gedankens der Hinnahme der Teilung Deutschlands und der Mauer in Westberlin und also auch Ablehnung jeden Gedankens, die Verteidigungsmöglichkeiten der Bundesrepublik zu verringern."

Wir tragen eine schwere Last

Zum Schluß der Diskussion ergriff noch einmal der Bundesaußenminister Dr. Schröder das Wort. Er lobte die völlig offene, vor aller Welt geführte Diskussion und gab den Delegierten, insbesondere allen Diskussionsrednern die Versicherung ab, daß sich an der deutschen Politik nichts ändern werde. An Baron zu Guttenberg gewandt, erklärte Dr. Schröder: "Es besteht gar kein Zweifel daran, daß die Amerikaner mehr gemeinsame Interessen sehen, als sie speziell für Berlin formuliert haben. Für Berlin hatten sie einen guten Grund, den Sowjets unüberhörbar klar zu machen, was sie unter gar keinen Umständen zulassen werden. Dies ist eine gewaltige Aussage. Wir haben an den Ernst dieser Worte zu zweifeln nicht den allergeringsten Anlaß."

Vergessen wir eines nicht: Wir haben die Hypothek Hitlers zu tragen, der uns eine ungeheure Bürde hinterließ, die noch lange auf uns lasten wird. Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß es uns nicht gelingen kann, schon heute oder morgen uns dieser Last zu entziehen."

"Union in Deutschland" wird in seiner nächsten Nummer über den Arbeitskreis II "Die Wirtschaftspolitik in ihrer sozialen Bewährung" berichten. Die Berichterstattung über den 11. CDU-Bundestag in Dortmund wird in der nächsten Nummer mit dem Referat des MdB Dr. Barzel vor dem Bundesparteiausschuß und mit der Wiedergabe wesentlicher Teile der Diskussion über die Parteireform abgeschlossen, mit der sich der dritte Arbeitskreis "Künftige Aufgaben der CDU" befaßt."

Herausgeber: Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschlands, verantwortlich für die Redaktion: Dr. Heinz Pettenberg, Vertretung René Ahrle, beide Bonn, Nassestraße 2, Telefon 5 29 31 — Verlag: Presse- und Informationsdienste der CDU Deutschlands Verlagsgesellschaft mbH, Bonn, Angelderstraße 173, Telefon 2 31 40 — Bezugspreis: monatlich 1,— DM — Banken: Presse- und Informationsdienste der CDU Deutschlands Verlagsgesellschaft mbH, Bonn, Angelderstraße 173, Postscheck-Konto Köln 1937 95, Commerzbank Bonn Nr. 12 493, Bankhaus Friedrich Simon Düsseldorf Nr. 8 111 — Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei.

Bisherigen Kurs beibehalten

Übereinstimmung in den Grundfragen der Außenpolitik

Als Berichterstatter des außenpolitischen Arbeitskreises trug Dr. Kopf, Vorsitzender des Außenpolitischen Ausschusses des Bundestages, dem Plenum des Parteitages in einer kurzen Zusammenfassung das Ergebnis der Aussprache vor.

Dr. Kopf erklärte: „Es hat sich im Verlauf dieser Diskussion, die sehr wechselvoll war, in den Grundpositionen der deutschen Politik eine wesentliche Übereinstimmung ergeben, wenn auch über manche Einzelfragen verschiedene Meinungen geäußert wurden. Aber eine hundertprozentige Einheitlichkeit entspräche weder dem Ernst der Situation, noch der inneren Lebendigkeit einer großen und dynamischen Partei. Geschlossenheit in den Grundüberzeugungen und Klarheit in der einzuschlagenden Richtung haben sich ergeben. Vor allem wurde ein wesentlicher Grundtatbestand deutlich, daß es in der Außenpolitik der CDU weder einen sachlichen, noch einen zeitlichen Bruch gibt, daß die Außenpolitik so fortgesetzt wird, wie sie begonnen worden ist, wenn auch unter ständiger Anpassung an die jeweils sich ändernde Lage.

Wenn wir den so günstig verlaufenen Aufstieg der Bundesrepublik noch einmal zurückverfolgen, so bleibt doch eine Einordnung der staatlichen Leistungsfähigkeit der Bundesrepublik in die richtige Größenordnung notwendig. Wir sind weder eine Weltmacht, noch eine Großmacht. Aber wir haben eine sehr entscheidende Option getroffen, die Option, zur freien Welt zu gehören. Die Bundesrepublik kann die Aufgaben ihrer Selbstbehauptung und der Entfaltung aller ihrer Kräfte nur in engster Zusammenarbeit mit den anderen Staaten der freien Welt vollziehen. Das deutsche Volk hat die verhängnisvollen Fehler des Nationalismus erkannt. Ein freundschaftliches Verhältnis mit Frankreich ist für die Dauer begründet worden. Aus diesen Erwägungen heraus hat sich die Bundesrepublik den europäischen Einigungsbestrebungen aktiv angeschlossen.

Die Wiedervereinigung Deutschlands ist ein zwischen der Bundesrepublik und deren Bündnispartnern vertraglich festgelegtes Ziel. Es muß alles vermieden werden, was die Teilung Deutschlands verfestigt oder eine internationale Aufwertung der Zone bedeutet. Rechte bleiben auch dann bestehen, wenn sie gegenwärtig nicht zu verwirklichen sind. Die Forderung des Selbstbestimmungsrechts, das für fremde Kontinente rückhaltlos anerkannt wird, muß auch in Europa, muß auch in Deutschland bejaht werden und zum Durchbruch gelangen.

Eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit unseren Bündnispartnern erfolgt und ist notwendig in der Frage Berlins. Wir legen entscheidenden Wert darauf, daß die rechtlichen und politischen Bindungen zwischen der Bundesrepublik und Berlin erhalten bleiben und normalisiert werden sollen.

Im Verhältnis zwischen Ost und West ist eine Entspannung erstrebenswert. Bei zahlreichen Gelegenheiten ist uns von Kennern der Sowjetunion dargelegt worden, wie der Begriff der friedlichen Ko-

existenz nur der Verbreitung des Kommunismus dienen soll. Aber das, was wir wünschen, ist ein gutes Verhältnis zu den Völkern und Staaten Osteuropas. Wenn wir das aussprechen, so ist es nicht das erste Mal, daß wir es tun. Wir tun es auch entsprechend dem Beschluß des dritten Bundestages, der seinerzeit zum

Ausdruck gebracht hat, daß friedliche Beziehungen zu den Oststaaten erstrebt werden sollen, allerdings ohne Preisgabe lebenswichtiger deutscher Interessen.

Außenpolitik ist Sache der Regierung. Aber keine Regierung kann im luftleeren Raum handeln. Sie unterliegt der Kontrolle des Parlaments und bedarf des immer wieder sich erneuernden Einvernehmens mit den tragenden politischen Kräften der Nation. Die Diskussion unserer außenpolitischen Anliegen im Arbeitskreis unserer Partei hat eine Übereinstimmung in den Grundlagen der Außenpolitik ergeben. Wir freuen uns darüber. In einer schwierigen Zeit wie der unsrigen bedarf die Regierung der Gewißheit, daß die stärkste Partei und die in ihr verborgenen politischen Kräfte des Volkes hinter ihr stehen.“

Ein Kapitel Gemeindepolitik

SPD-Vertreter betreiben Verzögerungstaktik

Ein schlechtes Abschneiden der SPD bei den Kommunalwahlen im vergangenen Jahr befürchteten vier sozialdemokratische Wahlhelfer in der Gemeinde Meißen (Landkreis Minden). Sie besserten deshalb das Wahlergebnis zugunsten ihrer Partei ein wenig auf (siehe UID Nr. 5/62). Obwohl sie deswegen Anfang des Jahres zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden und der Oberkreisdirektor aus diesen und anderen stichhaltigen Gründen die Wahl als ungültig bezeichnet hat, lehnt die SPD-Mehrheit des Gemeinderates es ab, die notwendigen Konsequenzen zu ziehen.

Wegen verschiedener Unregelmäßigkeiten bei der Kommunalwahl am 19. März 1961 in der Gemeinde Meißen hatte der Oberkreisdirektor als untere Aufsichtsbehörde schon vier Wochen nach der Wahl gegen ihre Gültigkeit Einspruch eingelegt. Er begründete diesen Schritt mit der „gesetzwidrigen Zusammensetzung“ der Wahlvorstände. Denn in den neun Wahlbezirken der Gemeinde waren SPD-Kandidaten fünfmal als Wahlvorsteher, dreimal als Stellvertreter der Wahlvorsteher und einmal als Schriftführer tätig. Es lasse sich nicht ausschließen, bemerkte dazu der Oberkreisdirektor, daß das Wahlergebnis entscheidend von Personen beeinflusst worden sei, die kraft Gesetzes an der Wahlhandlung nicht hätten mitwirken dürfen. Weil außerdem der Verdacht der Wahlfälschung bestand, erstattete der Oberkreisdirektor Strafanzeige. Der ehemalige SPD-Gemeindebürgermeister und drei seiner Genossen wurden zu Gefängnisstrafen verurteilt.

Der Aufforderung des Oberkreisdirektors, zu seinem Einspruch Stellung zu nehmen, kam der Gemeindedirektor, der ebenfalls der SPD angehört, nicht nach. Auch der Gemeinderat rührte sich nicht, er gab an, zunächst einmal das Strafverfahren abwarten zu wollen. Nach dem Verfahren beschloß der Gemeinderat, oder richtiger, die SPD-Mehrheit, weiter zu warten, bis das Urteil rechtskräftig geworden sei. Auf den Einwand des Oberkreisdirektors, daß sein Einspruch gegen die Gültigkeit der Wahl sich auf einen anderen Sachverhalt beziehe, als der, der zu einem Strafverfahren führte, schwiegen die verantwortlichen Gemeindevertreter. Dem Oberkreisdirektor blieb daher nichts anderes übrig, als den Klageweg zu beschreiten. In einem weiteren Schreiben vom 6. April dieses Jahres

stellte er der renitenten Gemeindeverwaltung eine letzte Frist von zwei Monaten, nach deren Ablauf er dem Verwaltungsgericht die Angelegenheit zur Entscheidung übergeben werde. Auch dazu hat sich der Gemeinderat bisher nicht geäußert. Die Taktik der SPD geht offensichtlich dahin, bis zur Nachwahl viel Zeit zu gewinnen. Wird aber der Wähler so vergeßlich sein und letztlich diese parteitaktische Verschleppung mitmachen?

15 400 Heimplätze

Auch im Jahre 1962 werden in Nordrhein-Westfalen viele ausländische Arbeitnehmer tätig sein; ihre Zahl wird sich gegenüber dem Vorjahr aller Voraussicht nach erhöhen. Um die ausländischen Arbeitnehmer in ihrer Unterbringung zu unterstützen, werden Wohnheime errichtet. Vom Ministerium für Landesplanung, Wohnungsbau und öffentliche Arbeiten des Landes Nordrhein-Westfalen sind Mittel für etwa 1900 Heimplätze bereitgestellt worden. In Nordrhein-Westfalen sind damit insgesamt aus einer Anleihe der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung Mittel für nunmehr insgesamt 15 400 Heimplätzen den Bewilligungsbehörden zugewiesen worden.

Einstimmig gewählt

Die niedersächsische CDU-Landtagsfraktion wählte den Abgeordneten Ferdinand Wallbrecht für den kürzlich verstorbenen Abgeordneten Karl Pelte einstimmig in den Fraktionsvorstand. Diesem gehören Dr. Alois Scherf als Vorsitzender, Werner Schönfelder als Stellvertreter sowie Karl Heidenblut, Dr. Hermann Nedenriep, Kurt Rissling, Paul Oskar Schuster und Ferdinand Wallbrecht an.